



Auskunft erteilt:	Frau Hoffmann	Amt/EB: 07-Gleichstellungsstelle
Tel.:	0261 129 1052	e-mail: Katharina.Hoffmann@stadt.koblenz.de
Koblenz,	23.02.2018	

An alle Mitglieder des Fachausschusses Frauen

Ich lade hiermit zu einer Sitzung des Fachausschusses Frauen am

Mittwoch, den 14.03.2018, 16:00 Uhr,

im Sitzungssaal 103, Rathausgebäude I, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz, ein.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:	TOP 1 Kneipennotruf "Ist Luisa hier?" AT/0075/2017 und ST/0083/2017 Vorlage: UV/0052/2018
Punkt 1a:	TOP 1a Übernahmevoraussetzungen des Kneipennotrufes "Ist Luisa hier?" aus Sicht des Koblenzer Frauennotrufes Vorlage: UV/0053/2018
Punkt 2:	TOP 2 Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und erste Erfahrungen in Koblenz. Hier: Bericht von Herrn Schmitt/ Amt 31 sowie Bericht von Frau Frank/ Gesundheitsamt Vorlage: UV/0054/2018
Punkt 3:	TOP 3 Vorstellung des Nordischen Modells Vorlage: UV/0055/2018
Punkt 4:	TOP 4 Probleme von Frauenhausbewohnerinnen bei der Wohnungssuche. Hier: Bericht von Alexandra Neisius, Leiterin des Frauenhauses Koblenz. Vorlage: UV/0056/2018
Punkt 5:	TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung und Verschiedenes Vorlage: UV/0057/2018

Ich weise darauf hin, dass die stellvertretenden Ausschussmitglieder diese Einladung nur zur Kenntnis erhalten. Die Ausschussmitglieder sind gemäß § 29 Absatz 7 der Geschäftsordnung des Stadtrates im Fall der Verhinderung für die rechtzeitige Benachrichtigung ihrer Vertreterinnen selbst verantwortlich.

Wenn Sie im Hinblick auf Ihren Teilnahmewunsch aufgrund einer Einschränkung Unterstützungsbedarf haben, melden Sie sich bitte unter der genannten Telefon-, Faxnummer oder Emailadresse. Verwaltungsseitig wird dann versucht, das zur Unterstützung Erforderliche und Umsetzbare in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0052/2018		Datum: 20.02.2018			
Oberbürgermeister					
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle			Az.:	
Betreff:					
TOP 1 Kneipennotruf "Ist Luisa hier?" AT/0075/2017 und ST/0083/2017					
Gremienweg:					
14.03.2018	Fachausschuss Frauen	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Unterrichtung:

Die CDU-Ratsfraktion hatte für die Stadtratsitzung am 2.11.2017 den als Anlage 1 beigefügten Antrag (AT/0075/2017) gestellt, den in mehreren Städten etablierten Kneipennotruf „Ist Luisa hier?“ auch in Koblenz einzurichten.

Hierzu hat die Verwaltung die als Anlage 2 beigefügte Stellungnahme (ST/0083/2017) mit folgender Beschlussempfehlung abgegeben: „Die Übernahme der Kampagne „Ist Luisa hier?“ setzt voraus, dass diese an den Koblenzer Frauennotruf als Fachstelle für sexualisierte Gewalt angebunden werden kann. Die Verwaltung empfiehlt deshalb, verwaltungsseitig in einem ersten Schritt im Gespräch mit dem Koblenzer Frauennotruf die Voraussetzungen für eine Übernahmemöglichkeit zu eruieren und hierüber in der nächsten Sitzung des Fachausschusses Frauen zu berichten.“

Der Stadtrat hat den Antrag der CDU-Ratsfraktion am 2.11.2017 zur Vorberatung in den Fachausschuss Frauen verwiesen. Eine Beschlussfassung soll im Stadtrat erfolgen.



Antrag

Vorlage: AT/0075/2017		Datum: 22.08.2017			
Verfasser: 01-CDU-Ratsfraktion		Az.:			
Betreff: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Kneipennotruf "Ist Luisa da"					
Gremienweg:					
02.11.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen: die Verwaltung wird gebeten,

1. in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle den mittlerweile in etlichen Städten etablierten Kneipennotruf „Ist Luisa da“ auch in Koblenz zu starten bzw. zu etablieren. Hierzu nimmt sie Kontakt zu anderen Städten auf, in denen die Aktion bereits in Gang gesetzt wurde, um sich über die Organisation, die Beteiligung, die Finanzierung, die Durchführung, Plakataktionen etc. zu informieren. Zu diesen Städten zählt zum Beispiel Münster, wo die Aktion „Luisa ist da“ Ende letzten Jahres im Rahmen der Kampagne „SICHER FEIERN“ gestartet wurde. Darüber hinaus werden Gespräche mit Kneipen, Clubs, Cafés und Restaurants in Koblenz geführt, um gemeinsam mit ihnen die Aktion hier ins Leben zu rufen und die erforderlichen Schritte in Gang zu setzen.
2. Über den Stand der Gespräche bzw. der Umsetzung der Aktion werden die entsprechenden Gremien regelmäßig informiert.

Begründung:

Immer wieder kommt es vor, dass sich Frauen, aber auch Männer, in Bars, Clubs, Kneipen oder Restaurants beim Feiern von einer anderen Person belästigt fühlen oder sogar bedroht werden. Viele fühlen sich in einer solchen unangenehmen Situation hilflos und sind unschlüssig, wie sie sich am besten verhalten sollen. Für einen solchen Fall gibt es mittlerweile in vielen deutschen Städten ein Codewort bzw. einen Codesatz. Mit den Worten „Ist Luisa da“ kann sich die oder der Betroffene an einen Barkeeper oder einen Mitarbeiter der Location wenden. Die Frage macht deutlich, dass die Person sich nicht wohlfühlt und Hilfe benötigt. Die Lokale zeigen mit einem Plakat, dass sie sich an der Aktion beteiligen und das Personal entsprechend geschult ist. Dieses versucht, die Situation zu entschärfen und den Betroffenen direkt zu helfen, etwa durch das Rufen eines Taxis oder eine Kontaktaufnahme mit Freunden oder der Familie.

Mittlerweile nehmen etliche Städte in Deutschland an der Aktion teil. Ursprünglich stammt die Idee aus England. Es wäre gut und sinnvoll, wenn diese tolle Aktion auch in der Universitätsstadt Koblenz mit ihren vielen Bars, Kneipen, Clubs und Restaurants gestartet bzw. etabliert werden würde.



Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0075/2017

Vorlage: ST/0083/2017		Datum: 16.10.2017	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Kneipennotruf "Ist Luisa da"			
Gremienweg:			
02.11.2017	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

Stellungnahme:

Sachverhalt

Die Kampagne »Ist Luisa hier? « wurde Ende 2016 vom Frauennotruf Münster ins Leben gerufen und wird seither in Münster ausschließlich vom Notruf personell und finanziell getragen. Vorbild war eine ähnliche Kampagne in England.

Eine Reihe von Münsteraner Klubs und Kneipen haben sich bereits der Kampagne angeschlossen, um Frauen eine angst- und belästigungsfreie Atmosphäre in der Partyszene bieten zu können. Die Kampagne in Münster richtet sich ausschließlich an Frauen und nicht auch an Männer, die sich belästigt fühlen, und wird auch nur mit dieser Zielrichtung beworben und weitergegeben.

Die gesamte Öffentlichkeitsarbeit und die notwendigen Schulungen des Personals der beteiligten Klubs und Kneipen übernehmen in Münster die drei hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des Frauennotrufs mit Unterstützung Ehrenamtlicher. Dabei gehen sie in die Teambesprechungen der einzelnen kooperierenden Betriebe oder verfassen - ergänzend zu dem ausgehändigten Handlungsleitfaden - ausführliche Informationsschreiben.

Das Projekt erfährt weit über Münster hinaus eine große Medienresonanz. Dazu, wie das Projekt von der Zielgruppe angenommen wird, liegen noch keine Erfahrungen vor: Der Frauennotruf Münster hat bisher kein Feedback von Betroffenen.

Zwischenzeitlich beteiligen sich in zwanzig Städten Klubs und Kneipen an der Kampagne. Projektträgerinnen sind überwiegend Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen. In einem Fall hat ein Gastronomieverband die Trägerschaft übernommen.

- ✓ Die Stadt Münster, insbesondere das dortige Frauenbüro, begrüßt die Kampagne, stellt aber über die jährliche institutionelle Förderung des Notrufs hinaus keine personellen oder finanziellen Ressourcen zur Verfügung und ist somit nicht in die laufenden Tätigkeiten zur Kampagne eingebunden.

Voraussetzungen für eine örtliche Übernahme der Kampagne

Für die Kampagne entwickelte der Frauennotruf Münster ein **eigenes Corporate Design**, das **zwingend** von Einrichtungen in anderen Städten, die sich der Kampagne anschließen wollen, übernommen werden muss.

Die Übernahme wird durch einen mit dem Frauennotruf Münster abzuschließenden Vertrag geregelt.

Gegen Zahlung einer Schutz- und Bearbeitungsgebühr von

- 100 Euro für Nicht-Regierungs-Organisationen, bzw. kleine Projekte und Vereine
 - einem jeweils auszuhandelnden höheren Betrag für Kommunen oder größere Institutionen
- werden die entsprechenden Druckvorgaben für Plakate und Faltblätter sowie den Handlungsleitfaden für das Thekenpersonal übermittelt.

Es besteht keine Möglichkeit, die Kampagne »Ist Luisa hier?« in bereits vorhandene städtische Gestaltungsvorschriften einzubetten. Die Druckvorlagen bieten nur Felder zum Eindruck des Namens der jeweiligen Institution, die die Kampagne übernommen hat.

Neben der Zahlung der Schutzgebühr müssen als »Gesamtpaket« Plakate, Faltblätter und Visitenkarten nach den Designvorgaben des Frauennotrufs Münster produziert und finanziert werden.

Dazu kommen:

- Schulung des Personals der sich beteiligenden Lokalitäten
- Verteilung von Visitenkarten und Flyern der Kampagnenträgerin an die Lokale
- Das Personal zur Weitergabe der Flyer und Visitenkarten anhalten, wenn sich Frauen mit der Frage »Ist Luisa hier?« an sie wenden
- Sicherstellen, dass alle MitarbeiterInnen in den beteiligten Lokalen informiert sind
- Sicherstellen, dass die Plakate sichtbar aufgehängt und ständig nachgelegt werden
- kontinuierliche örtliche Öffentlichkeitsarbeit zur Kampagne

Argumente für und wider »Luisa«

Das Projekt wird kontrovers diskutiert. So hat etwa die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz beispielhaft Plus- und Minuspunkte gegenübergestellt, die das Frauenbüro im Wesentlichen teilt.

Pluspunkte:

- Schnelle unkomplizierte Hilfe und Schutz (& Flucht) aus heikler/unangenehmer Situation
- »Ist Luisa hier?« zu sagen fällt vielen leichter als: »Ich werde betatscht und brauche Hilfe«
- Hilfe durch geschultes Personal in Schocksituationen
- Problem (sexuelle Belästigung beim Feiern) wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen
- Präventiver Charakter durch Mundpropaganda »In dieser Kneipe wird auf die Sicherheit geachtet«
- Verbreitung des Beratungsangebots von Frauennotrufen

Minuspunkte:

- Fokus auf: Frau soll gehen, Täter kann bleiben und erfährt keine Konsequenzen (wie z.B. Hausverbot)
- Besser wäre: Frauen bestärken und Männer als Täter fokussieren z.B. Plakate in Männertoiletten oder Kampagnen wie »Grenzen achten« in Worms (grenzenachten.de)
- Kneipenpersonal wechselt häufig und muss daher regelmäßig neu geschult werden
- Bei viel Betrieb und hoher Lautstärke in den Bars kann die praktische Umsetzung sehr schwierig werden
- Frauen gehen in Städten ohne diese Aktion zum Thekenpersonal von Klubs und Kneipen und bekommen keine Hilfe

Konzeptlücke Feste

Im Mittelpunkt der Münsteraner Kampagne steht die Partyszene in Klubs und Kneipen. Leicht abgewandelt wurde das Konzept für Festivals. Dies ist jedoch nicht 1:1 auf die vielen in Koblenz stattfindenden Feste, Märkte und sonstige Events zu übertragen. Diese große »Schutzlücke« lässt sich durch die Übernahme der Kampagne nicht schließen.

Fazit

Die Übernahme des Konzeptes »Luisa« ist an folgende Voraussetzungen gebunden:

- Anbindung an den Frauennotruf als entsprechender Fachstelle für sexualisierte Gewalt. Auch in den anderen Städten, in denen die Kampagne läuft, liegt die Expertise ausschließlich bei den Frauennotrufen und Frauenberatungsstellen. In keiner Kommune liegt die Trägerschaft und alleinige Verantwortung bei den Frauenbüros.
- Die Kampagnenkosten (Schutzgebühr, Druckkosten, Schulungskosten, Overheadkosten) können zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Sollte vom Stadtrat eine Übernahme für Koblenz empfohlen werden, muss ebenso durch den Rat die Finanzierung sichergestellt werden, beispielsweise durch eine Erhöhung des Zuschusses an den Frauennotruf.
- Die in Aussicht gestellte Hilfe und Unterstützung für belästigte Frauen durch das Personal in Lokalen muss in jedem Fall gewährleistet sein. Hier wäre ein regelmäßiges Prozedere – auch aufgrund der hohen Personalfuktuation – notwendig. Ohne wiederholte jährliche Nachschulung, Anschreiben etc. wäre das Projekt nach Einschätzung der Frauennotrufe wenig nachhaltig und würde den Ressourcenaufwand nicht rechtfertigen.

Stellungnahme/ Empfehlung des Koblenzer Frauennotrufes im Oktober 2017

Die Kampagne „Ist Luisa hier“ mache dann Sinn, wenn sie eingebettet sei in ein größeres umfassendes Präventionsprojekt (Konsensprinzip), in dem auch die nachgehende Beratung Betroffener mitgedacht werde. Dazu bedürfe es personeller und finanzieller Ressourcen, die dem Koblenzer Frauennotruf nicht zur Verfügung stünden.

Zu der Frage, wie das Gesamtkonzept genau aussehen sollte und welche Ressourcen hierfür zur Verfügung gestellt werden müssten, solle die Expertise des Notrufes eingeholt werden.

Hierbei muss beachtet werden, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt und die Auflagen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Anwendung finden.

Beschlussempfehlung:

Die Übernahme der Kampagne „Ist Luisa hier“ setzt voraus, dass diese an den Koblenzer Frauennotruf als Fachstelle für sexualisierte Gewalt angebunden werden kann.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, verwaltungsseitig in einem ersten Schritt im Gespräch mit dem Koblenzer Frauennotruf die Voraussetzungen für eine Übernahmemöglichkeit zu eruieren und hierüber in der nächsten Sitzung des Fachausschusses Frauen zu berichten.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0053/2018		Datum: 20.02.2018	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
TOP 1a Übernahmevoraussetzungen des Kneipennotrufes "Ist Luisa hier?" aus Sicht des Koblenzer Frauennotrufes			
Gremienweg:			
	Fachausschuss Frauen	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Unterrichtung:

Jaqueline Bröhl und Conny Zech vom Koblenzer Frauennotruf haben am 23.01.2018 in einem persönlichen Gespräch mit der Gleichstellungsstelle den Standpunkt des Frauennotrufes dargelegt.

1. Es müsse eine „seriöse“ (im Sinne von Kontinuität und Qualität) Umsetzung der Kampagne gewährleistet sein. Hierfür würde der Frauennotruf ein (Präventions-)Konzept entwickeln.
2. Alle Kneipen könnten nicht einbezogen werden, da dies für den Notruf nicht leistbar sei (die Kneipen müssten angeschrieben werden wegen ihrer Übernahmbereitschaft; Wirte und Personal müssten hinter dem Konzept stehen; es müssten Schulungen für Wirte und Personal durchgeführt werden, die regelmäßig zu wiederholen wären.)
3. Für eine Umsetzung im Sinne des Notrufes bräuchte man im ersten Jahr eine zusätzliche halbe Personalstelle (ca. 28.000 Euro/ Jahr). Danach würden 1 – 2 Honorarstellen für die Nachbetreuung ausreichen (ca. 5000 Euro/ Jahr).
4. Aufgrund anderer laufender Projekte (Just for Girls, Frauen mit Behinderung) wäre ein Start der Kampagne „Ist Luisa hier?“ frühestens 2019/2020 denkbar.
5. Wichtig sei, insgesamt eine Sensibilisierung für das Thema (sexuelle) Gewalt herzustellen. Nur dann könnten Frauen sich überhaupt trauen, von ihrer direkten Umgebung Unterstützung einzufordern und zu erfahren. Auch Männer müssten für das Thema (sexuelle) Gewalt sensibilisiert werden.
6. Ein Kritikpunkt am Kneipennotruf sei, dass die betroffene Frau zum eigenen Schutz gehen müsse und der Täter ohne Konsequenzen bleiben könne.
7. Auf Nachfrage der Gleichstellungsstelle: Erfahrungsberichte anderer Kommunen seien nicht bekannt.

Eine Vertreterin des Koblenzer Frauennotrufes wird zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend sein und für Nachfragen zur Verfügung stehen.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0054/2018		Datum: 20.02.2018	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
TOP 2 Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes und erste Erfahrungen in Koblenz. Hier: Bericht von Herrn Schmitt/ Amt 31 sowie Bericht von Frau Frank/ Gesundheitsamt			
Gremienweg:			
	Fachausschuss Frauen	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Unterrichtung:

Am 1. Juli 2017 ist das Prostituiertenschutzgesetz in Kraft getreten. Die Verwaltung hat in der Sitzung des Fachausschusses Frauen am 8. März 2017 und am 21. September 2017 über das Gesetz informiert. Gemäß dem Wunsch des Fachausschusses Frauen vom 21.09.2017 werden ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes sowie eine Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes über die Umsetzung des Gesetzes und erste Erfahrungen in Koblenz berichten.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0055/2018		Datum: 20.02.2018			
Oberbürgermeister					
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle			Az.:	
Betreff: TOP 3 Vorstellung des Nordischen Modells					
Gremienweg:					
14.03.2018	Fachausschuss Frauen	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
				<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
				<input type="checkbox"/>	ohne BE
				<input type="checkbox"/>	abgesetzt
				<input type="checkbox"/>	geändert

Unterrichtung:

RM Julia Schmenk, Ratsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN hat angeregt, das Nordische Modell („Sexkaufverbot“) vorzustellen. Die Gleichstellungsstelle wird bei der Vorstellung des Nordischen Modells auf folgenden Punkte eingehen:

- Flickenteppich Europa
- Der schwedische Weg
- Abschreckende Wirkung auf Freier?
- Die Fakten
- Fazit



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0056/2018		Datum: 20.02.2018	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
TOP 4 Probleme von Frauenhausbewohnerinnen bei der Wohnungssuche. Hier: Bericht von Alexandra Neisius, Leiterin des Frauenhauses Koblenz.			
Gremienweg:			
14.03.2018	Fachausschuss Frauen	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Unterrichtung:

RM Gabriele Hofmann, Ratsfraktion BIZ hat angeregt, über die Probleme von Frauenhausbewohnerinnen bei der Wohnungssuche zu informieren.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0057/2018		Datum: 20.02.2018			
Oberbürgermeister					
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:			
Betreff:					
TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung und Verschiedenes					
Gremienweg:					
14.03.2018	Fachausschuss Frauen	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
				<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
				<input type="checkbox"/>	ohne BE
				<input type="checkbox"/>	abgesetzt
				<input type="checkbox"/>	geändert